

GEMEINSAME MEDIENMITTEILUNG

Bern und Ostermundigen: Vernehmlassung zur Fusion zeigt Wunsch nach einer politischen Würdigung

Ostermundigen/Bern, 28. Februar 2023. 43 Parteien und Organisationen sowie 25 Einzelpersonen haben an der Vernehmlassung zum Fusionsprojekt zwischen Bern und Ostermundigen teilgenommen. Mehrere Verbände und Parteien legen sich noch nicht fest, ob sie die Fusion befürworten oder ablehnen. Den geäusserten Anliegen wollen die Gemeinderäte von Bern und Ostermundigen mit Präzisierungen und Anpassungen Rechnung tragen. Geplant ist, das definitiv bereinigte Fusionspaket mit den entsprechenden Botschaften Anfang April 2023 resp. Ende Mai 2023 an die beiden Gemeindeparlamente zu verabschieden.

Die öffentliche Vernehmlassung zum Vorschlag für die Fusion der Gemeinden Bern und Ostermundigen fand vom 21. Oktober bis 16. Dezember 2022 statt. Interessierte Kreise konnten sich zu den Fusionsdokumenten (Fusionsvertrag und Fusionsreglement) und zum Erläuterungsbericht äussern, Bemerkungen anbringen, Fragen deponieren und ihre grundsätzliche Haltung zur Fusion kundtun. Insgesamt haben 43 Parteien, Organisationen und Verbände sowie 25 Einzelpersonen von der Möglichkeit Gebrauch gemacht. Der nun vorliegende Vernehmlassungsbericht (www.ostermundigen-bern.ch/vernehmlassungsbericht) gibt detailliert Auskunft über die eingegangenen Stellungnahmen, beantwortet Fragen und zeigt auf, wo Eingaben bereits zu Änderungen in den Fusionsdokumenten geführt haben.

Meinungen noch nicht gemacht

Das von den beiden Gemeinderäten ausgehandelte Gesamtpaket wird in der Vernehmlassung allgemein als «Geben und Nehmen» respektive als Kompromiss gewürdigt. Die überwiegende Mehrheit der Teilnehmenden beurteilt die Fusionsdokumente und den Erläuterungsbericht als umfassend und sieht alle wesentlichen Elemente behandelt. Die Fusion gilt als technisch umsetzbar und praktikabel.

Ob sie politisch wünschbar ist, wird kontrovers beurteilt. Mehrere Parteien und Verbände legen sich noch nicht fest, ob sie die Fusion befürworten oder ablehnen. Ihre Mitglieder sind unentschlossen oder gespalten. Diverse Eingaben lassen eine grundsätzliche Sympathie für Gemeindefusionen erkennen, wobei ein «Ja, aber...» folgt. Vermisst werden beim vorgeschlagenen Zusammenschluss von Bern und Ostermundigen eine Vision für die fusionierte Gemeinde, Angaben zum konkreten Fusionsnutzen, zu Synergien und Effizienzgewinnen sowie eine politische Würdigung durch die Gemeinderäte von Bern und Ostermundigen.

Die Befürworterinnen und Befürworter argumentieren, dass die Fusion die künstliche Gemeindegrenze beseitigt, eine koordinierte Siedlungsentwicklung sicherstellt, die Mitbestimmung im gemeinsamen Lebensraum ermöglicht, die Rekrutierung von Behördenmitgliedern und Fachkräften gewährleistet und für Ostermundigen mehr

Dienstleistungen zum gleichen Preis und tiefere Steuern bringt. Die Gegnerinnen und Gegner warnen vor einem Autonomieverlust in Ostermundigen, vor mehr Bürokratie, einer gewerbefeindlichen Politik, ungewissem Nutzen und vor der mittelfristigen Gefahr einer Steuererhöhung in der fusionierten Gemeinde.

Fusion als Chance für effiziente Dienstleistungen

Der Vernehmlassungsbericht dient den Gemeinderäten von Bern und Ostermundigen als Grundlage für die definitive Entscheidungsfindung. Den in der Vernehmlassung geäußerten Anliegen wollen die beiden Exekutiven mit Präzisierungen und Anpassungen Rechnung tragen. So wird vertieft abgeklärt, wie die Fusion verbindlich und konkret als Chance für effiziente Dienstleistungen und schlanke Abläufe genutzt werden kann. Ebenso werden die beiden Gemeinderäte eine politische Würdigung der Fusion spätestens in der Kalenderwoche 14 vornehmen.

Geplant ist, die Fusionsdokumente in den nächsten Wochen definitiv zu bereinigen und Anfang April 2023 resp. Ende Mai 2023 die entsprechenden Botschaften an die Gemeindeparlamente von Bern und Ostermundigen zu verabschieden. Die Volksabstimmung in den beiden Gemeinden ist am 22. Oktober 2023 terminiert.

Vernehmlassungsbericht unter: www.ostermundigen-bern.ch/vernehmlassungsbericht

Auskunftspersonen:

- Thomas Iten, Gemeindepräsident Ostermundigen, 031 930 14 14
- Alec von Graffenried, Stadtpräsident Bern, 031 321 65 21
- Aliko Panayides, Vize-Gemeindepräsidentin Ostermundigen, Ressort öffentliche Sicherheit, 079 372 67 54
- Michael Aebersold, Gemeinderat Stadt Bern, Direktor für Finanzen, Personal und Informatik, 031 321 66 33